



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/137 - 18. Juni 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 686 890

Was hat sich nichts geändert?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Wenn man es bei Tageslicht besieht, so scheint der Bundeskanzler vor allem deshalb nach Amerika gefahren zu sein, um den Amerikanern zu beweisen, dass sich in Moskau nichts, aber auch gar nichts geändert habe. Die internationale Presse berichtet, Adenauer habe die Amerikaner, die plötzlich sogar Sympathie für gewisse Neutralisten entlockt hätten, wiederum auf einen harten Kurs gegenüber Moskau zurückführen wollen. In der Tat hat der deutsche Kanzler keine Gelegenheit versäumt, um zu betonen, dass in Moskau sich nichts geändert habe.

Hat sich tatsächlich nichts geändert? Darüber ist in letzter Zeit viel gesprochen und geschrieben worden. Zweifellos: Im Osten, von Moskau bis Pankow, herrscht nach wie vor eine absolute Einparteidiktatur, es gibt keine Oppositionsparteien, keine Presse- und Versammlungsfreiheit. Aber schon nicht mehr jeder, der öffentlich oder insgeheim das Regime kritisiert, mit Zuchthaus oder noch Schlimmerem rechnen; mit erheblichen Gradunterschieden in dem genannten Raum hat sich die tägliche Gefahrensituation des Einzelnen entspannt.

Und noch etwas anderes, sehr Bedeutsames hat sich im Machtbereich des Kreml geändert: die Bande zwischen Moskau und den Satellitenstaaten sind gelockert worden, noch nicht sehr stark, aber doch immerhin etwas, und das ist doch schon eine Änderung, wie man sie noch vor kurzem nicht im Traume erwartet hätte. Die Folgen dieser Änderung geben der Freiheit eine Chance, und wenn der Westen diese Chance nicht nützt, sondern nur bei seinem primitiven "es hat sich ja doch nichts geändert" bleibt, so wird diese Änderung sich eines Tages gegen ihn auswirken.

Weider lässt sich der Eindruck immer schwerer unterdrücken, dass gewisse Kreise umso lauter verkünden, in Moskau habe sich nichts geändert, je weniger sie selbst willens oder in der Lage sind, ihre eigene Politik zu ändern, bzw. den neuen Gegebenheiten anzupassen. Man will, koste es was es wolle, und entgegen der Warnungen und wohlmeinenden Ratschlägen bedeutender Publizisten und Politiker, seine Aufrüstungspolitik fortsetzen, und deshalb darf sich in Moskau beileibe nichts geändert haben. So gesehen wird die Warnung, in Moskau habe sich nichts geändert, zu einem Wunsch und zu einem propagandistischen Feigenblatt für die eigene Unfähigkeit, sich von liebgewonnenen, aber durch die Entwicklung überholten Gedankengängen zu trennen.

Commonwealth Konferenz kann einen Wendepunkt bringen

E.A., London

Am 27. Juni versammeln sich die Premierminister des Commonwealth in London. Das Commonwealth als Brücke zwischen der U.S.A. und der Sowjetunion, die Beziehung zu Sowjetchina, neue Querverbindungen in einer erweiterten UNO, Grossbritanniens Beziehungen zu Europa, militärische Stützpunkte (in Ceylon und dem Nahen Osten) und die Erweiterung des Commonwealth - alle diese Fragen machen die diesjährige Commonwealth-Konferenz zu der wichtigsten seit dem Kriege. Die Zulassung neuer Mitglieder aus Afrika (Goldküste, Nigerien und die zentralafrikanische Föderation) und später aus Südostasien (Malaya und Singapur) wird das Commonwealth allmählich zu einer Familie machen, in denen die farbigen Söhne an Zahl und Gewicht die weissen übertreffen. Als vielrassige Körperschaft wird das Commonwealth notgedrungen als Brücke zwischen Moskau und Washington seinen Einfluss auszuüben suchen.

Als Ergebnis des Sowjetbesuches in London ist Sir Anthony Eden fest davon überzeugt, dass tiefgreifende Änderungen in der Sowjetunion vor sich gehen. So wird er den Kollegen aus dem Commonwealth erklären, dass seiner Ansicht nach der Weltkommunismus keine akuten Gefahren heraufbeschwört und friedliche Ko-Existenz keine Ängste einzuflössen brauche. In verschiedentlichen öffentlichen Erklärungen hat Sir Anthony seine Gedankengänge erläutert. So sagte er in seiner Rede in Norwich am 1. Juni: "Es ist falsch, die Ansicht zu vertreten, dass die gegenwärtige Sowjetregierung die Politik ihrer Vorgänger nicht modifizieren könne. Es gibt ausreichende Anzeichen dafür, dass eine solche Möglichkeit existiert und wir sind bereit, auf dieser Basis unsere Politik aufzubauen."

Sir Anthony ist nicht der einzige im britischen Kabinett, dessen Gedanken sich in dieser Richtung bewegen. Vor wenigen Tagen hat der britische Schatzkanzler vor dem Verein der Auslandspresse in London eine Erklärung abgegeben, die überraschenderweise eine effektivere Verurteilung der britischen Verteidigungspolitik darstellte, als alle Angriffe der Linken. Mr. Harold Macmillan sagte, dass Grossbritannien neun Prozent seines Sozialproduktes für Militärausgaben aufwende, während alle übrigen westeuropäischen Länder dafür nicht mehr als fünf

Prozent ausgeben. "Nehmen wir einmal an, dass auch wir fünf Prozent anstelle von neun Prozent des Sozialproduktes für Verteidigung ausgeben. Es würde eine jährliche Ersparung von 8,3 Milliarden D-Mark bedeuten, und wenn wir nur die Hälfte davon in Exporte leiten könnten, so würde das sofort unsere gesamte Zahlungsbilanz verändern".

Mit anderen Worten, eine drastische Reduzierung der britischen Verteidigungsausgaben könnte die Regierung aus allen ihren akuten Nöten befreien.

Verringerung der Verteidigungslast

Der Schatzkanzler hat bereits eine Verringerung der Verteidigungsausgaben in diesem Jahre um 600 Millionen D-Mark angekündigt. Aber das ist nur der Anfang. Eden und seine Vertrauten rechnen damit, dass die Regierung in zwei bis drei Jahren die allgemeine Dienstpflicht aufheben könne. Zugleich sucht man eine Verringerung der überseeischen Verpflichtungen. Zum ersten Male überlegt man, ob die von Eden eingegangene Verpflichtung, vier Divisionen und eine strategische Luftwaffe in der Bundesrepublik zu halten, unter den gegebenen Umständen nicht verringert werden könne. Gewiss wird man keine voreiligen Entschlüsse fassen, aber man denkt daran und hofft, dass die Entwicklung helfen wird. Sir Anthony hat schon seit Genf die Ansicht vertreten, dass das britische Verteidigungsprogramm kritisch überprüft werden müsse. Die wahre Gefahr liege, wie er sagte, darin, dass England von hinten (wirtschaftlich) erdrosselt wird, während es in eine andere Richtung blickt, aus der es einen militärischen Angriff erwartet.

Während so die britische und die Commonwealth-Politik tiefgreifende Änderungen in den Beziehungen zur Sowjetunion in Rechnung stellt, hegt man doch in London wenig Hoffnungen, dass Sir Anthony im Augenblick in seinen Konzeptionen von Washington bestärkt werden wird. Aber auch dort bahnen sich nach Ansicht des Foreign Office vernünftiger Überlegungen an- militärische Überlegungen müssen den Vorrang an wirtschaftliche Argumente abtreten, der Westen kann mit einem verminderten Aufwand für Verteidigung, mit an Zahl verminderten Streitkräften auskommen. Diese Dinge werden - nach Londoner Ansicht - auch in Washington anerkannt, nur können sie wenige Monate vor einer Präsidentenwahl nicht ausgesprochen werden. Es wird mindestens Januar 1957 werden, ehe die amerikanische Außenpolitik sich aus ihren festgefahrenen Geleisen auch offiziell herauswagen dürfte.

Fehlgeburt

sp. Wichtige Interessen und einflussreiche Kreise standen hinter der vor sieben Monaten in Essen vollzogenen Gründung der sogenannten "Christlichen Gewerkschaften (CGG)". Reichlich floessen ausländische Gelder, hohe Stellen der katholischen Kirche geben den Gewerkschaftspaltern ihren Segen.

Und der Erfolg? Die Investitionen zerfliessen ins Nichts, die CGG erweist sich als Pseas ohne Boden. Die Sektierer blieben unter sich, der erhoffte Massennachzug von Arbeitern und Ingestellten zu dem neuen Gebilde fand nicht statt, die Stellung des DGB als die einzige und wirksame Vertretung aller Arbeitnehmer blieb unerschüttelt.

Das war schon bei den Personalvertretungswahlen für Post und Eisenbahn ersichtlich. Die Spalter, die hier zum ersten Male zum Sturm angetreten waren, fielen glänzend durch, sogar in ihrer "Hochburg" Essen. Der wache Sinn der organisierten Arbeitnehmer wittert die aus der gewerkschaftlichen Zersplitterung kommende Gefahr; von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen, zeigte sie den Sektierern den Rücken.

Wie geringfügig diese Ausnahmen sind, bewies der Verlauf des ersten Bundeskongresses dieser Scheingewerkschaft in Essen. Die Veranstalter weigerten sich, Zahlen über ihren Mitgliederstand zu nennen. Sie hüteten dieses Geheimnis wie ihren Aufapfel, wohl wissend, dass sie mit seiner Preisgabe der Lächerlichkeit verfielen. Kein Geheimnis ist es jedoch, dass die von der Kongressleitung angegebene Auflage ihres Gewerkschaftsorgans mit 25.000 bei weitem nicht - um es gelinde zu sagen - mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Der grösste Teil dieses Presseerzeugnisses bleibt als Makulatur liegen.

Trotz dieser für die Initiatoren der CGG recht traurigen Bilanz sollen die Versuche fortgesetzt werden, dieser Fehlgeburt Lebensodem einzuhauchen. Manche werden aus Schaden eben nicht immer klug. Die Klasse der organisierten Arbeitnehmer, durch die bitteren Erfahrungen der Weimarer Zeit klüger geworden, wird es auch in Zukunft nicht dulden, dass eine stolze Errungenschaft der Nachkriegszeit, eben die gewerkschaftliche Einheit, auf dem Altar von konfessionellen Sonderinteressen wieder geopfert wird. Dieses Bewusstsein von der notwendigen und geschlossenen Kraft verurteilt die Schöpfung Evans und Winkelheides ungeachtet aller Protektion von in- und ausländischen Stellen zu einem unbenchteten und kümmerlichen Sonderdasein.

Mahnwort an die katholischen Verbände

Von Maria Sevenich, M.d.L.

Am letzten Sonntag, dem 17. Juni 1956, erging an die katholischen Verbände ein gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe. Er überraschte nicht in erster Linie deshalb, weil kein besonderer Tag des Kirchenjahres zu ihm Veranlassung bot, sondern mehr noch wegen seines Inhaltes.

Denken wir einmal zurück an die Bundestagswahl 1955, an die damals schon ein Jahr vorher auf Hochtauren gebrachte Tätigkeit der katholischen Verbände, in der Vorbereitung dieser Wahl. Am 7. März 1954 schrieb im Rückblick darauf der "Christliche Sonntag" Freiburg i.Br.:

"Der Politische Arbeitskreis (der katholischen Kirchenverbände) hat die Bundestagswahlen vom 5. September in einer sich über ein Jahr erstreckenden, systematischen Arbeit mit vorbereiteten Helfen, indem er die grossen Aufgaben und Leistungen der Bundesregierung auf dem Gebiete der Aussen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände und darüber hinaus der gesamten Öffentlichkeit in entsprechender Form nahegebracht hat".

Man sollte meinen, dass nun ein Jahr vor der Bundestagswahl 1957, die katholischen Kirchenverbände wiederum im Sinne der bisherigen Kirchenpolitik im Dienste Dr. Adenauers und der CDU/CSU als einziger "christlichen Entscheidung" angekurbelt würden.

Der neue deutsche Hirtenbrief aber - und das ist das eigentlich Überraschende - tut eher das Gegenteil. Er mahnt die katholischen Verbände, nicht auf Massenzahlen an Mitgliedern und Einflussmöglichkeiten zu sehen, sondern den Mut zu haben "zur kleinen Gruppe, zur Elite, zur Gemeinschaft der Verantwortungsabwesenden". Zugleich aber werden sie aufgefordert, nicht "die Massen zu verachten".

Sie sollen, mutig im Alleinstehen, die "gegenteilige Gefahr meiden: die bewusste und stolze Absonderung, die überhebliche Unbläsbarkeit" gegenüber Andersdenkenden. Das gelte nicht nur gegenüber Katholiken und katholischen Organisationen, sondern "ganz besonders jenen gegenüber, die noch vor den Toren stehen oder uns gar bekämpfen".

In durchaus der gleichen Richtung liegen die Anweisungen des Hirtenbriefes zur organisatorischen und missionarischen Aufgabe der katho-

lischen Verbände.

Es wird gewarnt vor der Entwicklung "zu Mammutgebilden", (wie stolz war man in den verflissenen Jahren auf die hohen Mitglieder- und Auflageziffern!), vor Ausweitung der Vereinsziele, und vor zu vielen Veranstaltungen, die der Innerlichkeit und dem Familienleben schaden. Ein besonderer Abschnitt ist der Überwindung "der Betriebsamkeit" gewidmet. Wiederum wird man daran erinnert, wie in den verflissenen Jahren, vornehmlich in der Vorbereitung der letzten Bundestagswahl, Vereinstreffen, Wallfahrten, Beträge, Kundgebungen gekläuft wurden; wie systematisch überall prominente Vertreter der CDU/CSU im Scheinwerferlicht standen, um so der katholischen Öffentlichkeit zu demonstrieren: Hierher verpflichtet Euch der gebotene Gehorsam gegenüber Euren Bischöfen! Hier ist der alleinige Ort christlicher Willentscheidung, die Gott zur Vermeidung einer Sünde von Euch verlangt!

Der Hirtenbrief schliesst - und dies ist die innerlich folgerichtige Krönung seiner urchristlichen Tendenz - mit dem Aufruf zu einem ganz und ausschliesslich übernatürlichen Apostolat, das zwar "unserer Zeit und unseren Menschen angepasst sein müsse". Und wiederum hört man den Dränger auf Offenheit der Begegnung mit dem Andersdenkenden: "Wir wollen immer, dass die Anderen sich uns anpassen, und wir danken viel zu wenig dafür, dass wir uns einander anpassen müssen".

Man könnte man beginnen, Auslassungen anzustellen über die Beweggründe einer solchen gewarnt ausweichenden Haltung. Wir wollen das nicht tun. Es entspricht unserem Begriff von Toleranz, dem anderer das beste Motiv seines Handelns zuzubilligen, solange er uns nicht zwingt, diese gute Meinung zu berichtigen.

Lines sei abschliessend offen gesagt: Wenn dieser Hirtenbrief im Geiste des deutschen Katholizismus hält, was sein Wortlaut zu versprechen scheint, dann würden sich alle diejenigen freuen, denen der innere Frieden unseres Volkes ein Anliegen des Herzens ist.

18. 6. 1956

"Rückgrat des Heeres, das den Kommunismus bekämpft"

Die Vierteljahreszeitschrift der Londoner "Westminster Bank" bringt in ihrer Ausgabe von Mai 1956 einen interessanten Artikel des bekannten Volkswirtschaftlers N.J. Bonn über die "Zukunft der deutschen Demokratie". Es heisst in ihm:

"Die deutsche Arbeiterklasse, geführt von der Sozialdemokratie, ist der stärkste Gegner des Kommunismus auf dem Kontinent. Viele ihrer Mitglieder, die in der deutschen Armee gedient haben oder in russischen Gefangenen- oder Arbeitslagern leiden mussten, haben aus erster Hand Kenntnis vom sowjetischen 'Paradies' erhalten. Dieses Wissen haben sie bis heute bewahrt, denn zwischen den beiden Deutschland gibt es keinen Eisernen Vorhang, oder eine Art Drahtnetz, durch dessen weite Maschen die Nachrichten entweichen und ein nimmer endender Strom von Flüchtlingen einsickert...

Der Kommunismus versucht sich an der werktätigen Bevölkerung, die zumeist der Sozialdemokratie folgt. Gewiss mag es noch kleine Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie geben, die im Stillen davon träumen, die Arbeiter der Welt zu vereinen, aber die Masse der Partei und der Gewerkschaften haben ihren Frieden mit dem bürgerlichen Staat geschlossen - trotz Professor Eckards Freier Marktwirtschaft. Sie sind weit bessere Demokraten als viele der einflussreichsten Ratgeber des Kanzlers. Aber sie werden darauf bestehen, dass die sozialen Reformen, von denen der Kanzler jetzt spricht, nicht nur Wahlversprechungen bleiben, sondern Beweise sozialen Gewissens. Die Sozialdemokraten sind das Rückgrat des Heeres, das den Kommunismus bekämpft, sie dürfen auf die Dauer nicht von der Verantwortung für politische Entscheidungen ferngehalten werden, welche diejenigen ererben müssen, welche falsch waren".

+ + +

Verantwortlich: Peter Reunau